

## Öffentliche Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Brühl am 22.11.2012

Sitzungsort: Rathaus, Ratssaal A015, Uhlstr. 3, 50321 Brühl

Beginn der Sitzung um 18:00 Uhr.

Ende der Sitzung um 19:00 Uhr.

Vorsitz führte: Luise Küster

### Anwesend:

#### Stimmberechtigte Ratsmitglieder und Sachkundige Bürger:

##### **CDU**

Pütz, Josef  
Simons, Walter (vertritt Frantziach-Immenkeppel, Marion)  
Wasem, Norbert

##### **SPD**

Richter, Kerstin  
Venghaus, Marcus (vertritt Weitz, Michael)

##### **GRÜNE**

Mäsgen, Johanna

##### **FDP**

Wehr, Stefan

##### **fw/bVb**

Schmitz, René

##### **fraktionslos**

Assenmacher, Heinz-Udo (Caritas)  
Miron, David (SJR)  
Nocera, Waltraud (Diakonie)  
Vollmann, Steffen (SJR)  
Wolters, Nadine (SJR)

#### Beratende Mitglieder und Sachkundige Einwohner:

Brandt, Andreas (vertritt Kreuzberg, Michael)  
Pfarrer Buhren, Wilhelm  
Fröhlich, Maren  
Günzel, Yasemin  
Kühn, Michael  
Meyer, Katharina  
Neumann, Ralph  
Riedel, Eckhard (DIE LINKE)  
Schmitz, Lorenz  
Weiler, Maria

von der Verwaltung:

Nahlik, Dieter

Schriftführerin:

Bäckmann, Juana

Gäste:

1. Frau Akele (Bildungslotsin Vochem), Pkt. 3

2. Frau Detampel, Pkt. 4.3

**Nicht anwesend:**

Kühn-Mengel, Helga

Dr. Frantziach-Immenkeppel, Marion (CDU)

Weitz, Michael (SPD)

Beckmann, Axel

Kreuzberg, Michael

Passon, Norbert

Reisner, Jessica

Schumacher, Bernhard

## **Tagesordnung**

### **Öffentliche Sitzung**

1. Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds gemäß § 58 Abs. 2 GO NRW i.V. m. § 67 Abs. 3 GO NRW
2. Niederschrift vom 14.06.2012
3. Bildungsförderung und Armutsprävention (125/2012)  
hier: Die Arbeit der Bildungslotsin in Vochem
4. Mitteilungen
- 4.1 Tagesbetreuung in Einrichtungen (85/2012)  
hier: Sprachstandserhebung 2012 in den Tageseinrichtungen für Kinder
- 4.2 Spielraumplanung (19/2012)  
hier: Neuanlage des Kinderspielplatzes „Zur Gabjei“
- 4.3 Hilfen zur Erziehung (152/2012)  
hier: Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII
- 4.4 Hilfen zur Erziehung (153/2012)  
hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 30.09.2012
- 4.5 Offene Ganztagschule im Primarbereich (157/2012)  
hier: Jahresberichte der OGS-Träger für das Schuljahr 2011/2012
5. Anfragen
- 5.1 Anfrage Ratsfrau Richter zur Analphabetenquote unter Kinder und Jugendlichen in Brühl

- 5.2 Anfrage Ratsfrau Richter (SPD) zu Weihnachtsgeschenken für in stationären Hilfeinrichtungen lebende Kinder und Jugendliche
- 5.3 Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) zur Förderung von Projekten im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes
- 5.4 Einladung Herr Miron (Stadtjugendring) zur Verleihung des Ehrenamtspreises
- 5.5 Anfrage Frau Meyer (Kinderschutzbund) zu Spielflächen in Brühl

## Sitzungsverlauf

Ausschussvorsitzende Luise Küster eröffnet die Sitzung des Jugendhilfeausschusses um 18:00 Uhr und stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt und der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig ist.

### Öffentliche Sitzung

#### 1. **Verpflichtung eines stimmberechtigten Mitglieds gemäß § 58 Abs. 2 GO NRW i.V. m. § 67 Abs. 3 GO NRW**

**Vorsitzende Küster** (CDU) verpflichtet **Frau Fröhlich** (Stadtelternrat) als neues Mitglied. Sie liest den Vereidigungstext vor und **Frau Fröhlich** verpflichtet sich, ihre Aufgaben in dem vorgenannten Sinne wahrzunehmen.

#### 2. **Niederschrift vom 14.06.2012**

Die Niederschrift der Sitzung vom 14.06.2012 wird ohne Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche genehmigt.

#### 3. **Bildungsförderung und Armutsprävention hier: Die Arbeit der Bildungslotsin in Vochem**

**125/2012**

**Vorsitzende Küster** (CDU) begrüßt **Frau Akele** (Bildungslotsin), die über den Jahresbericht für das Jahr 2011 hinaus nun die Kennzahlen für das laufende Jahr bis Anfang November ergänzt und anschließend für Nachfragen zur Verfügung steht.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) bedankt sich ihrerseits für die Einladung und die Gelegenheit, ihre Arbeit dem Ausschuss persönlich vorstellen zu dürfen.

Von Beginn ihrer Tätigkeit im Mai 2011 bis zum 18. November 2012 hat sie 326 Beratungen von über 30 Minuten Länge durchgeführt. Beraten wurden insgesamt 57 Familien, wobei auf die einzelne Familie durchschnittlich fünf bis sechs Treffen entfielen. Diese 57 beratenen Familien setzen sich ethnisch zusammen aus Familien deutscher Herkunft (12), türkischer Herkunft (15), aus Südosteuropa (Albanisch, Serbisch, Bulgarisch, Rumänisch) (13), aus Osteuropa (Polnisch, Russisch) (6), aus Afrika (Nigerianisch, Kenianisch) (4), aus Südasien (Indisch, Tamilisch) (2), aus Südeuropa (Portugiesisch, Griechisch) (2), Familien arabischer Herkunft (Irakisch, Marokkanisch) (2) und einer nicht zuzuordnenden Familie. Die Familien wurden von **Frau Akele** (Bildungslotsin) zur Förderung von 87 Kindern beraten.

**Ratsherr Riedel** (LINKE) bedankt sich für den von **Frau Akele** (Bildungslotsin) vorgelegten ausführlichen Bericht und bezieht sich dann auf die darin enthaltene Feststellung, dass in Brühl eine Migrationserstberatung fehlt, die, wie in anderen Kommunen, Migranten/-innen gezielt in Sprachkurse und Beratungsangebote vermittelt. Er fragt, ob es auch der Erfahrung **Frau Akeles** entspricht, dass das Angebot der Volkshochschule an Sprachkursen nicht ausreicht und Betroffene daher oft nach Köln ausweichen müssten, um überhaupt die Möglichkeit zu haben, an einem Sprachkurs teilnehmen zu können.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) antwortet, dass sie selber noch nicht erlebt hat, dass eine an einem Sprachkurs interessierte Person keinen Platz in einem Kurs in Brühl bekommen hätte. Allerdings könnte es vorkommen, dass eine etwas längere Wartezeit in Kauf ge-

nommen werden müsse, bis ein Kurs beginne, da das Angebot an Integrationskursen an der Volkshochschule nicht so hoch ist wie die Sprachkurse für Personen mit fortgeschrittenen Kenntnissen. Ein Ausweichen nach Köln könne verschiedene Ursachen haben. So kann der Termin, an dem ein grundsätzlich dem Bedarf der interessierten Person entsprechender Kurs stattfindet, dieser evtl. nicht in deren Zeitplanung passen, oder in Köln wird vielleicht ein Kurs intensiver oder für eine bestimmte Zielgruppe angeboten.

**Fachbereisleiter Nahlik** ergänzt hierzu, dass die Volkshochschule ein Zweckverband ist, an dem die Städte Brühl, Hürth, Pulheim und Wesseling beteiligt sind und dass im Bereich der Integration und der Sprachförderung die Stadt Brühl diejenige ist, die das umfassendste Kursangebot zur Verfügung stellt.

**Ratsherr Riedel** (LINKE) fragt weiter, welche Regelungen es bzgl. der Kosten für einen solchen Kurs gibt. Ob die Teilnehmer dafür selbst aufkommen müssen oder ob es Möglichkeiten gibt, dass die Kosten teilweise oder ganz übernommen werden.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) erklärt, dass grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass die Kosten für einen Integrationskurs teilweise oder sogar ganz übernommen werden. Ob dies geschieht, ist abhängig sowohl von dem Aufenthaltsstatus einer Person als auch von deren finanzieller Situation und im Einzelfall zu überprüfen und zu beantragen.

Im Anschluss richtet **Ratsherr Riedel** (LINKE) das Wort an die Verwaltung und an **Vorsitzende Küster** (CDU) und fragt nach dem Sachstand und dem weiteren Vorgehen des Arbeitskreises Kinderarmut. Dieser hat in der Vergangenheit dreimal stattgefunden, aktuell trifft man sich aber offensichtlich nicht mehr. Offiziell beendet ist die Arbeit in dem Arbeitskreis aber auch nicht. Er schlägt daher vor, dass, wenn der Arbeitskreis zukünftig nicht mehr stattfindet, man noch ein letztes Mal zu einer Abschlussrunde zusammen kommt und eventuelle Ergebnisse zusammenträgt.

**Erster Beigeordneter Brandt** sichert **Ratsherrn Riedel** (LINKE) einen Bericht zu, wenn die entsprechenden Landesmittel, die beantragt sind, bewilligt sind. Was vor Ort vorhanden ist, könne zusammengetragen werden. Sollte Bedarf nach weiteren Zusammenkünften bestehen, versucht man dies zu realisieren.

**Ratsfrau Richter** (SPD) bedankt sich ebenfalls für den ausführlichen Bericht und resümiert, dass ihrer Ansicht nach, bedingt durch die Einarbeitungszeit und die begrenzte Stundenzahl **Frau Akeles** (Bildungslotsin), die Arbeit am Menschen zu kurz kommt. Anschließend verweist sie auf Seite vier des Jahresberichts, auf der sich der Begriff „türkische Minigruppe“ findet und fragt, was mit diesem Begriff gemeint ist, ob sich der Begriff auf das Alter der Kinder bezieht oder auf die Gruppengröße.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) erläutert, dass sich die Bezeichnung „Minigruppe“ auf das Alter der Kinder bezieht bzw. bezogen hat, da die Gruppe nicht mehr existiert. Es habe sich um eine Gruppe von türkischen Müttern mit sehr jungen Kindern gehandelt und intendiert war, die Muttersprache zu stärken. Da diese Gruppe von den Müttern aber nicht angenommen worden ist, wurde sie eingestellt.

**Ratsfrau Richter** (SPD) bezieht sich nun auf den darauf folgenden Absatz im Jahresbericht, in dem zu lesen ist, dass Tagespflegeplätze und Plätze in Spielgruppen für Vocheimer Kinder nicht in ausreichendem Maße vorhanden sind und fragt, ob es bei der Verteilung von Plätzen in Vocheimer Einrichtungen eine Prioritätenliste gibt, ob Vocheimer Kinder bevorzugt werden und aus welchen anderen Stadtteilen die Kinder kommen.

**Jugendamtsleiter Schmitz** bestätigt, dass das Betreuungsplatzangebot in der gesamten Stadt Brühl und darüber hinaus und eben auch im Stadtteil Vochem nicht ausreichend ist, dies sich aber im Sommer 2013 mit der Fertigstellung des Neubaus für Vochem grundlegend ändern wird. Dann nämlich können mindestens 30 Plätze für Kinder unter drei Jahren zusätzlich angeboten werden und alle Kinder aufgenommen werden, deren Eltern das wünschen. Sogar darüber hinaus sind dann noch Kapazitäten vorhanden. Bzgl. der Verteilung der Herkunft der Kinder in den Vochemer Tageseinrichtungen und der Tagespflege sagt **Jugendamtsleiter Schmitz** eine Übersicht mit der Niederschrift dieser Sitzung zu.

(Anlage 1 zur Niederschrift erläutert die prozentuale Aufteilung der Stadtteile in den Kindertageseinrichtungen St. Matthäus und Haus für Kinder Vochem in der Gesamtübersicht sowie die Verteilung in den beiden in Vochem aktiven Tagespflegestellen)

**Ratsfrau Richter** (SPD) fragt anschließend, warum, wie auf Seite fünf des Jahresberichts zu lesen ist, der türkische Kultur- und Bildungsverein eine Hausaufgabenhilfe lediglich für Jungen anbietet und die Mädchen nicht betreut und gefördert würden. Darüber hinaus erbittet sie Auskunft, ob es sich bei den die türkischen Jungen betreuenden Personen um Fachpersonal handelt und in welcher Sprache diese Betreuung stattfindet.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) verweist **Ratsfrau Richter** (SPD) hinsichtlich genauerer Informationen über das Personal und die vorherrschende Sprache an Herrn Bulut, der für dieses Angebot federführend ist.

Grundsätzlich würden aus kulturellen Gründen Jungen und Mädchen nicht gemeinsam betreut. Daher benötigte man für die getrennte Betreuung der Mädchen einen zusätzlichen Raum. Eben dieser sei aber nicht vorhanden.

**Ratsfrau Richter** (SPD) bewertet die angegebene Begründung, eine Betreuung der türkischen Mädchen könne nicht stattfinden, weil der Raum fehle, als sehr kritisch. Die Mädchen unterlägen so klar einer Benachteiligung.

**Ratsfrau Richter** (SPD) fragt anschließend, was unter dem auf Seite fünf des Jahresberichts genannten und gut genutzten „Saz-Kurs“ zu verstehen ist.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) erklärt, es handele sich dabei um ein türkisches Saiteninstrument, eine Laute.

**Vorsitzende Küster** (CDU) spricht das Sportangebot für die Altersgruppe der kleineren Kinder an, das **Frau Akele** (Bildungslotsin) in ihrem Jahresbericht als sehr gering ausgeprägt beschreibt. Sie fragt, ob es Bestrebungen gibt, die Vereine nach Vochem zu bekommen, wo es ja eine sehr geeignete Turnhalle gebe und sich sicherlich der eine oder andere Verein mit einer Kleinkindergruppe installieren ließe, wenn man diesbzgl. nachfrage. Sie fragt, ob man in dieser Angelegenheit zu wenig an die Vereine herangetreten ist oder woran es liegt, dass in anderen Stadtteilen geht, was in Vochem augenscheinlich nicht geht.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) erläutert, dass sie den Bedarf festgestellt hat, mit verschiedenen Vereinen gesprochen hat und die Problematik an die Stadt herangetragen hat. Im Familienzentrum sei inzwischen ein entsprechendes Bewegungsangebot, das sich „Rhythmik-Kids“ nennt, eingerichtet worden. Dabei handele es sich um ein tänzerisches Angebot und es richte sich in zwei Gruppen an Kinder im Alter von drei bis vier und vier

bis fünf Jahren. Breitensport und Turnangebote fehlten aber weiterhin. So gebe es für jüngere Kinder auch nicht die Möglichkeit, in Vochem selbst in einer Gruppe Fußball zu spielen. Zwar gebe es in der Melanchthon-Schule in relativer räumlicher Nähe zu Vochem gute Angebote des Brühler Turnvereins, aber die angebotenen Zeiten passten nicht unbedingt in die zeitlichen Konzepte der Familien.

Bzgl. Sportangeboten für kleinere und auch für größere Kinder hat **Frau Akele** (Bildungslotsin) den Brühler Turnverein angesprochen. Dort habe sie als Antwort erhalten, man bekomme keinen Termin in der Halle. Den Vochemer Fußballverein Spielvereinigung Vochem habe sie ebenfalls auf Angebote für Kinder angesprochen. Hier habe man als Grund für das Nichtvorhandensein solcher Angebote Probleme mit dem Rasenplatz genannt.

**Fachbereichsleiter Nahlik** stellt grundsätzlich fest, dass die Vereinsstruktur in Vochem nicht so ausgeprägt ist wie in anderen Brühler Stadtteilen. Vochem ist Hochburg des Tischtennisports. Stark vertreten ist auch der 1. FSV Brühl (Frauenfußballverein). Natürlich stelle die Stadt auf Anfrage Hallenzeiten zur Verfügung, aktuell neben den Sportvereinen auch für das Jugendzentrum.

Der TTC Brühl-Vochem führe eine ausgezeichnete Jugendarbeit durch. Bei Bedarf wäre dieser Verein erster Ansprechpartner für die Einrichtung eines gewünschten Sportangebotes. Hierbei wäre allerdings zu berücksichtigen, dass aufgrund der sehr intensiven Jugendarbeit des TTC Brühl-Vochem eine Reduzierung der Trainingszeiten nicht sinnvoll sei.

**Jugendamtsleiter Schmitz** richtet den Blick nochmals auf das neue Gebäude der städtischen Kindertageseinrichtung. Mit dessen Mehrzweckraum erweitern sich die Möglichkeiten, für die Altersgruppe der jüngeren Kinder Bewegungsangebote zu machen, wesentlich.

**Ratsherr Simons** (CDU) gibt zu Bedenken, dass ein Grund für das Fehlen von z.B. Fußballangeboten für Kinder sicherlich auch finanzielle Aspekte der Vereine sind. Fußballinteressierte Kinder zu finden, sei nicht das Problem. Der Mitgliedsbeitrag für Kinder in den Fußballvereinen sei zu gering, um davon zum Beispiel einen Trainer zu bezahlen. Und die Zahl der ehrenamtlich Tätigen, mit denen man in früheren Zeiten stark arbeiten können, sei seit Jahren deutlich rückläufig. Der Fußball sei nicht die Sozialeinrichtung des Staates und dafür zuständig, dass alle Kinder praktisch zum Nulltarif betreut würden. Wer Fußball spielen wolle, der müsse auch bereit sein, einen angemessenen monatlichen Beitrag für die Mitgliedschaft in dem Fußballverein zu zahlen. Für sozial schwierige Fälle gebe es ja die Möglichkeit, bzgl. des Mitgliedsbeitrages finanzielle Unterstützung zu beantragen.

**Sachkundiger Bürger Venghaus** (SPD) spricht die **Frau Akele** (Bildungslotsin) für ihre Bildungsarbeit zur Verfügung stehenden 19,5 Stunden an und fragt sie, ob diese ausreichen oder ob sie eine Erhöhung für nötig hält.

**Frau Akele** (Bildungslotsin) empfindet sich als gut ausgelastet. Natürlich kann sie, wenn sie mehr Zeit zur Verfügung hätte, auch mehr Familien aufsuchen und die Besuche intensiver gestalten. Die Frage ist aber auch, ob es überhaupt möglich ist, 100 Prozent der Vochemer Eltern zu erreichen oder ob es nicht eher darum geht, die Qualität der Beratung in den Vordergrund zu stellen. Sie schildert, wie sie flächendeckend versucht, die Eltern der Kinder zu erreichen, die die Tageseinrichtung besuchen, indem sie sich u.a. auf Elternabenden vorstellt. Hier erreicht sie auch gleich mit den Eltern die Erzieher/-innen, die ja wichtige Multiplikatoren/-innen darstellen. Ebenso hat sie die Tagesmütter angespro-

chen und auch viele Kooperationsgespräche mit Menschen geführt, die wiederum mit Vochemer Bürgern arbeiten. So ist sie ihrer Meinung nach im Stadtteil ausreichend bekannt. Dass es immer Eltern gibt, die man auf diesem Wege nicht erreicht, ist klar.

**Jugendamtleiter Schmitz** stellt fest, dass sich das Projekt „Soziale Stadt“, in dessen Rahmen die Bildungslotsin arbeitet, ungefähr in der Halbzeit befindet und man hinsichtlich der weiteren Ausgestaltung gut überlegen muss, wie man es weiter entwickelt und vielleicht auch in eine andere Struktur überführt. Er weist nochmals auf die neu entstehende Kindertageseinrichtung hin, die ja über die Kindertageseinrichtung hinaus eine Familienbildungseinrichtung sein wird. **Frau Akele** (Bildungslotsin) solle dann nicht mehr hauptsächlich losgelöst arbeiten, sondern wesentlich stärker in das Familienzentrum eingebunden sein und damit Teil des Bildungsangebotes dieser neuen Einrichtung sein. Die zukünftig sicherlich wesentlich deutlich höhere Zahl an jüngeren Kindern in dieser Einrichtung ermögliche **Frau Akele** dann auch den Zugriff auf wesentlich mehr Eltern und deren Sensibilisierung für die Bildungsnotwendigkeit ihrer Kinder. Die Frage des **Sachkundigen Bürgers Venghaus** (SPD), ob die **Frau Akele** zur Verfügung stehende Zeit ausreicht, ist daher zum aktuellen Zeitpunkt nicht abschließend zu beantworten.

**Vorsitzende Küster** (CDU) dankt **Frau Akele** (Bildungslotsin) für die Vorlage ihres Berichts und die Beantwortung der Fragen.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

## **4. Mitteilungen**

### **4.1 Tagesbetreuung in Einrichtungen hier: Sprachstandserhebung 2012 in den Tageseinrichtungen für Kinder**

**85/2012**

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis

### **4.2 Spielraumplanung hier: Neuanlage des Kinderspielplatzes „Zur Gabjei“**

**19/2012**

**Ratsherr Simons** (CDU) spricht den Personen, die für die Planung und Durchführung der Neugestaltung des Spielplatzes zuständig sind, das höchste Lob aus. Die Neuanlage ist seiner Ansicht nach sehr gut gelungen.



## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis

### **4.3 Hilfen zur Erziehung**

**152/2012**

#### **hier: Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII**

**Vorsitzende Küster** (CDU) begrüßt **Frau Detampel**, die im Jugendamt den Bereich der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35a SGB VIII bearbeitet.

**Frau Detampel** (Jugendamt) bedankt sich für die Einladung und die Gelegenheit, sich und ihr Arbeitsgebiet an dieser Stelle vorstellen zu können.

Ihr Name ist Andrea Detampel und sie ist seit 1 ½ Jahren im Brühler Jugendamt und hier ausschließlich im § 35a in der Eingliederungshilfe tätig.

Da dem Ausschuss ein von ihr im Vorfeld ausführlich ausgearbeiteter Bericht vorliegt, stellt sie sich im Anschluss an die Vorstellung ihrer Person den Fragen der Ausschussmitglieder.

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) weist auf die Grafik auf Seite vier **Frau Detampels** (Jugendamt) Berichts hin und fragt, da die Grauabstufungen der beiden eingezeichneten Kurven nicht eindeutig zu unterscheiden sind, welche der Kurven den Mädchen und welche den Jungen zuzuordnen ist.

**Frau Detampel** (Jugendamt) erklärt, dass Mädchen häufiger psychisch erkranken, somit die obere Kurve die Mädchen anzeigt.

**Vorsitzende Küster** (CDU) bittet **Frau Detampel** (Jugendamt) um einen Erklärungsansatz für die deutlich sichtbare Zunahme der Fälle der Eingliederungshilfe.

**Frau Detampel** (Jugendamt) erläutert, dass Kinder und Jugendliche heute mehr psychisch erkranken. Außerdem ist im Vergleich zu vergangenen Zeiten die Diagnostik weiter fortgeschritten. In früheren Zeiten wurden Kinder z.B. mit Asperger Autismus, der sich durch Nichtverstehen sozialer Interaktion, mangelnder Fähigkeiten, Mimik und z.B. Ironie zu deuten und zu verstehen, etc. auszeichnet, als merkwürdig abgetan. Heute würde diese Erkrankung und der daraus resultierende spezielle Förderbedarf genauer diagnostiziert.

**Herr Assenmacher** (Caritas) fragt, wenn, wie im Bericht geschrieben steht, gesamtgesellschaftliche Veränderungen das Mittel sind, um psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen präventiv zu begegnen, aber gleichzeitig die Diskussion dieser gesamtgesellschaftlichen Bedingungen in diesem Kreis nicht angeraten ist, was wir aus **Frau Detampels** (Jugendamt) Sicht denn konkret hier in Brühl tun können, um die Zahl der psychisch erkrankenden Kinder und Jugendlichen zu reduzieren.

**Frau Detampel** (Jugendamt) erklärt, dass die Eingliederungshilfe erst dann tätig wird, wenn aus einer psychischen Erkrankung soziale Schwierigkeiten zu entstehen drohen oder schon entstanden sind. Möglichkeiten, schon im Vorfeld entgegenzuwirken, sieht sie zum Beispiel im Rahmen von Inklusion in der Schule. Entscheidend ist, wie weit Schule in

der Lage ist, Kinder auch mit psychischen Problemen am normalen Schulalltag teilhaben zu lassen, wie die personelle Situation, die Klassenaufstellung und wie hoch die Schülerzahl ist. Wichtig ist auch, wie Familien mit psychisch kranken Kindern, die oft schon einen jahrelangen Leidensweg hinter sich haben, aufgefangen werden. Sicher ist sich **Frau Detampel**, dass ein wichtiger Schritt in Richtung Prävention die Verbesserung der Beratungssituation für betroffene Eltern ist, damit diese so schnell wie möglich fachgerechte Hilfe bekommen.

**Ratsherr Simons** (CDU) fragt noch einmal nach, wie die Zunahme an psychischen Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter zu erklären ist. Ob es an unserer Gesellschaft im allgemeinen liegt oder daran, dass viele Kinder zu wenig Liebe und Anerkennung in der Familie oder im Umfeld erhalten.

**Frau Detampel** (Jugendamt) erwidert, dass diese Frage nicht pauschal zu beantworten ist, da es sehr viele unterschiedliche Ausprägungen gibt. Bzgl. des eben schon erwähnten Asperger Autismus zum Beispiel gehen aktuelle Studien inzwischen von einer Vererbung aus. Andere Störungen sind durch traumatische Familienerlebnisse bedingt. Wieder andere sicherlich durch einen Mangel an Liebe bzw. Zuneigung.

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) bittet darum, dass **Frau Detampel** (Jugendamt) dem Ausschuss schildert, wie Eingliederungshilfe praktisch in der Schule abläuft. Zudem fragt sie, ob einzuschätzen ist, ob die Eingliederungshilfe zukünftig nicht noch weit mehr gefordert sein wird, wenn im Zuge der Inklusion mehr Eltern ihren Kindern den Besuch einer normalen Grundschule ermöglichen möchten, das System zum Auffangen dieser Kinder aber noch gar nicht bereit ist.

**Frau Detampel** (Jugendamt) bestätigt, dass die Eingliederungshilfe zukünftig viel als Ausfallbürge genutzt werden muss, um die für eine funktionierende Inklusion nicht ausreichend geschaffenen Rahmenbedingungen aufzufangen.

Den Prozess der Eingliederung schildert sie am Beispiel der Schulintegration. Ist ein Bedarf entstanden, gilt es zunächst einmal, eine geeignete Fachkraft zu finden. Dazu tritt sie an mehrere Träger heran, die Schulintegrationshilfen beschäftigen. Aufgrund eines auf diesem Gebiet herrschende akuten Fachkräftemangels kann es schon einmal drei Monate und länger dauern, bis eine geeignete Person gefunden ist. Wenn diese gefunden ist, werden die Fachkraft, das Kind und dessen Familie zusammen gebracht, um festzustellen, ob ein Grundverständnis da ist. Anschließend erfolgt eine Vorstellung in der Schule des Kindes, wo die Rahmenbedingungen abgesteckt werden und die Förderstrategien von Lehrern und Integrationshelfern abgestimmt werden, damit sie kompatibel sind. Eine Schulintegrationshelferin hat keinen Lehrauftrag, sie kann lediglich im Unterricht die Aufmerksamkeit des Kindes sichern bzw. wieder herstellen und in Pausen versuchen, die sozialen Kontakte des einzugliedernden Kindes zu erleichtern bzw. erst herzustellen. Der Auftraggeber der Schulintegrationshilfe ist das Jugendamt. Daher ist es auch Eltern nicht möglich, die Vereinbarungen, die im Hilfeplangespräch abgesprochen wurden, durch andere Anweisungen, die sie evtl. für angemessener halten, abzuändern.

**Ratsherr Simons** (CDU) äußert die Ansicht, dass die Eingliederungshilfe sicherlich ein gutes Programm ist, vordringlicher aber die Ursachenforschung ist.

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) fragt, um welche Dauer es sich bei den Hilfen handelt, ob es Wochen, Monate oder sogar Jahre sind.

**Frau Detampel** (Jugendamt) erläutert, dass momentan Schulintegrationshilfen ausschließlich Kinder mit Autismus unterstützen und sich hier eine Eingliederungshilfe meist über mehrere Jahre erstreckt und auch einen großen Teil der Schulstunden einnimmt. Es gibt aber auch Einzelfallhilfen, die ambulant angelegt sind und z.B. die Eingliederung eines Kindes oder Jugendlichen in ein Sportangebot zu integrieren.

**Herr Assenmacher** (Caritas) fragt, wie der Anstieg der Fallzahlen um mehr als 100 Prozent zu erklären ist.

**Frau Detampel** (Jugendamt) stellt fest, dass sie den trotz deutlich intensiviertem Prüfungsverfahren offensichtlichen Anstieg der Fallzahlen nicht wirklich erklären kann. Außerdem führt sie eine Studie an, die den Anstieg psychischer Erkrankungen im Kindes- und Jugendalter belegt. Eine weitere Ursache ist auch eine höhere Sensibilität von Eltern und Schule und damit einhergehend steigende Überweisungszahlen von Kinder- und Jugendtherapeuten und Unikliniken.

**Vorsitzende Küster** (CDU) bedankt sich nach Beendigung der Diskussion bei Frau Detampel.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

#### **4.4 Hilfen zur Erziehung**

**153/2012**

**hier: Fach- und Finanzkennzahlen zum Stichtag 30.09.2012**

**Ratsfrau Richter** (SPD) fragt, wie ein Sinken der Fallzahlen und der gleichzeitige Anstieg der Ausgaben im Bereich der stationären Heimerziehung zu erklären ist.

**Jugendamtsleiter Schmitz** erklärt dieses Phänomen damit, dass die Problemlage des einzelnen Kindes bzw. Jugendlichen sehr individuell ist und damit auch das, was an Hilfen nötig ist. Zudem sind die Tagessätze der einzelnen Heime sehr unterschiedlich. So gibt es Heimunterbringungen, die pro Tag 90 Euro kosten und solche mit einem Tagessatz von 270 Euro. Auf den Monat hochgerechnet ergeben sich dann sehr hohe Unterschiedsbeiträge.

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

#### **4.5 Offene Ganztagschule im Primarbereich**

**157/2012**

**hier: Jahresberichte der OGS-Träger für das Schuljahr 2011/2012**

**Vorsitzende Küster** (CDU) stellt fest, dass die in diesem Jahr vorliegende einheitlichere Strukturierung der Berichte der OGS-Träger deren Vergleichbarkeit wesentlich erleichtert.

## **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

## **5. Anfragen**

### **5.1 Anfrage Ratsfrau Richter zur Analphabetenquote unter Kinder und Jugendlichen in Brühl**

**Ratsfrau Richter** (SPD) fragt, ob es für Brühler Kinder und Jugendliche festgestellte Analphabetenquoten gibt.

**Erster Beigeordneter Brandt** sagt zu, dies zu klären.

#### Beantwortung in der Niederschrift:

Der Bundesverband Alphabetisierung und Grundbildung e.V. schätzt, dass es in Deutschland rund vier Millionen funktionale Analphabeten gibt.

Der funktionale Analphabetismus, die Haupterscheinungsform des Analphabetismus in Deutschland, zeichnet sich durch sehr geringe Lese- und Schreibfähigkeiten trotz langjährigen Schulbesuchs aus. Die betroffenen Menschen erkennen zwar Buchstaben und sind auch oft in der Lage, ihren Namen und einige Worte zu schreiben, sie verstehen aber den Sinn eines etwas längeren Textes schon nicht mehr oder nur mit unangemessen hohem Zeitaufwand. Dem Lesen von Beipackzetteln, Kinoplakaten oder Fahrplänen sind diese Menschen nicht gewachsen.

Zu der Analphabetenquote der Kinder und Jugendlichen in Deutschland liegen keine Ergebnisse vor. Aktuell geht man aber davon aus, dass ein Viertel der deutschen Jugendlichen die schulische Laufbahn mit mangelhaften Lese- und Schreibkenntnissen beendet.

### **5.2 Anfrage Ratsfrau Richter (SPD) zu Weihnachtsgeschenken für in stationären Hilfeinrichtungen lebende Kinder und Jugendliche**

**Ratsfrau Richter** (SPD) fragt, ob es hier in Brühl für Kinder in stationären Hilfeinrichtungen Geschenke zu Weihnachten gibt oder ob die Einrichtungen Einmalzahlungen bekommen, damit sie Weihnachtsgeschenke für die betreuten Kinder kaufen können und wenn dies so ist, wie hoch diese Zahlung ist.

**Jugendamtsleiter Schmitz** bestätigt, dass es Weihnachtsbeihilfen für in Heimen betreute Kinder und Jugendliche gibt, die Höhe der Zahlung allerdings vom Alter des/der jeweiligen Kindes/-er abhängig ist. Auch Kinder, die unter Vormundschaft stehen, aber nicht in einer Einrichtung leben, bekommen von ihren Vormündern Geschenke überreicht.

### **5.3 Anfrage Ratsfrau Mäsgen (Grüne) zur Förderung von Projekten im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes**

**Ratsfrau Mäsgen** (Grüne) fragt, welchen der drei im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes finanziell förderfähigen Bereiche, die Netzwerke, die Familienhebammen und die Ehrenamtsstrukturen, man für Brühl sieht. Und ob es richtig ist, dass in diesem Rahmen nur Projekte gefördert werden, die vor dem 1.7.2012 noch nicht existierten.

**Jugendamtsleiter Schmitz** berichtet, dass Brühl für das Jahr 2012 12.000 Euro bekommt, für 2013 17.000 Euro und für die folgenden Jahre 18.000 Euro und bestätigt, dass Projekte, die vor dem 1.7.12 begonnen haben, nicht gefördert werden können. Im Einzelfall jedoch ist es möglich, Modellprojekte, die in regelhafte Maßnahmen überführt werden, ab Januar zu finanzieren. Die 12.000 Euro für 2012 und die Fördersummen für die Folgejahre können ohne Probleme nachgewiesen werden. Von den genannten Förderbereichen werden lt. **Jugendamtsleiter Schmitz** alle drei bedient, unter anderem das Multicenterprojekt des Krankenhauses. Auch die Familienpatinnen, die das Jugendamt über den Sozialdienst Katholischer Frauen ausbilden und in Familien vermitteln lässt, zählen dazu.

#### **5.4 Einladung Herr Miron (Stadtjugendring) zur Verleihung des Ehrenamtspreises**

**Herr Miron** (Stadtjugendring) lädt zur Verleihung des Preises für ehrenamtlich in der Jugendarbeit Tätige am kommenden Dienstag, 27.11.2012, im Jugendzentrum Cultra ein. Die Veranstaltung beginnt um 19.00 Uhr.

#### **5.5 Anfrage Frau Meyer (Kinderschutzbund) zu Spielflächen in Brühl**

**Frau Meyer** (Kinderschutzbund) fragt, ob im Zuge der Entstehung der neuen Wohngebiete in Brühl auch die hier jeweils neu einzurichtenden Spielplätze in bestehende Listen von Spielflächen im Stadtgebiet aufgenommen werden.

**Jugendamtsleiter Schmitz** bedankt sich für den Hinweis, dass die in letzter Zeit neu erstellten Spielplätze offensichtlich noch nicht im Bewusstsein der Brühler Bürger sind, die nicht direkt vor Ort wohnen und sagt zu, die bestehenden Listen der Spielflächen zu vervollständigen.

---

Ausschussvorsitzende

---

Schritfführer/in